



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Elke Kessel

Wiesbaden, 07.09.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Donnerstag, 15. September 2022, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 30.06.2022

Bereich Städtepartnerschaften

2. 22-F-95-0001

Städtepartnerschaft Wiesbaden Kamenez-Podolski
-Antrag der Fraktionen von FDP & BLW/ULW/BIG vom 07.09.2022-

Vor ungefähr 30 Jahren hatte der damalige Schulleiter der Schulze-Delitzsch-Schule gemeinsam mit einigen Kolleginnen und Kollegen der Schule den Förderverein Wiesbaden-Schierstein/Kamenez-Podolski gegründet.

Die Bezeichnung Wiesbaden-Schierstein war nur eine Notlösung, da sowohl der damalige Oberbürgermeister Exner wie auch der Bürgermeister Diehl eine weitere Städtepartnerschaft für Wiesbaden ablehnten. Die Namenswahl entfiel daher auf den Wohnsitz der Vereinsvorsitzenden, da Vorortpartnerschaften (Biebrich, Naurod) bereits üblich waren.

Die Initiative für die Partnerschaft stammte ursprünglich aus der Schülerschaft, in der man anregte, nach der Wende auch die Menschen in Osteuropa zu unterstützen. Da es Kontakte zu einer Schule in Kamenez gab und diese Stadt in besonderer Weise unter Massakern der deutschen Wehrmacht während des 2. Weltkrieges gelitten hatte, wurde dies als eine sehr gute Wahl empfunden. Vielfältige Aktivitäten konnten innerhalb der letzten 30 Jahre dazu beitragen, die Lebensverhältnisse der dort lebenden Menschen zu verbessern und den internationalen Austausch zu fördern.

Durch die bestehende Vereinsstruktur und die jahrzehntelangen Kontakte konnte auch nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine Soforthilfe geleistet werden. Viele Hilfsgüter wurden in die Ukraine transportiert, hilfsbedürftige Menschen konnten nach Wiesbaden gebracht werden. Auch in dieser Phase waren es Schülerinnen und Schüler der Schulze-Delitzsch-Schule, die wesentliche Unterstützung gaben, um die Hilfstransporte zu organisieren. Die breite Unterstützung aus der Wiesbadener Bürgerschaft zeigt, welches Vertrauen man diesem Verein aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit entgegenbringt.

Anders als bei einer neu zu gründenden Städtepartnerschaft bestehen daher bereits über Jahrzehnte gewachsene Strukturen. Aus diesen Gründen halten wir es für angezeigt, diese Partnerschaft nunmehr zu einer Vollpartnerschaft mit der Landeshauptstadt Wiesbaden zu entwickeln. Das 30-jährige Vereinsjubiläum im August 2023 wäre hierfür ein guter Anlass.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, mit dem Förderverein Schierstein/Kamenez-Podolski sowie den Partner auf ukrainischer Seite Gespräche aufzunehmen, um nach Möglichkeit bis zum 30-jährigen Jubiläum der Stadtteilpartnerschaft eine Vollpartnerschaft mit der Landeshauptstadt Wiesbaden zu begründen.

Bereich Kultur

3. 22-F-78-0005

Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen erleichtern und Kultur stärker sichtbar machen
-Antrag der Fraktionen CDU und BLW/ULW/BIG vom
07.09.2022-

In der kulturellen Szene Wiesbadens gibt es neben den großen Institutionen auch eine Vielzahl kleinerer Kulturinstitutionen und -akteure. Besonders hervorzuheben sind dabei die gemeinnützigen Vereine, die kulturelle Angebote zu erschwinglichen Eintrittspreisen für jedermann anbieten. Aufgrund der pandemischen Lage sind mittlerweile 2 1/2 Jahre voller Entbehrungen und Einschränkungen für die Kulturszene vergangen. Besonders betroffen sind, neben zahlreichen weiteren Personengruppen, die privaten Kulturinitiativen. Trotz vieler Ungewissheiten und Hürden sind im kulturellen Bereich viele gemeinnützige Vereine weiterhin aktiv. Um ihr Überleben zu sichern, sind neben einer adäquaten Förderung auch der Abbau bürokratischer Hürden und die Sichtbarmachung der Kulturszene von großer Bedeutung.

Selbstverständlich müssen angemeldete Veranstaltungen die gesetzlichen Vorgaben, wie die des Brandschutzes, erfüllen. Fraglich ist allerdings die Sinnhaftigkeit einer erneuten Prüfung und Genehmigungsbeantragung der bestehenden Voraussetzungen für kurzfristig aufeinander folgende

Veranstaltungen. Die Verwaltung könnte den meist ehrenamtlich tätigen Kulturtreibenden einen enormen bürokratischen Aufwand ersparen, wenn sie die Genehmigungen für Rahmenbedingungen, die sich nicht verändern, wie etwa räumliche Gegebenheiten, Personenanzahl oder Fluchtwege, für eine längere Dauer genehmigen. Im Rahmen der Verwaltungsvereinfachung könnten sowohl auf der beantragenden als auch vor allem auf der Seite der Verwaltung personelle und zeitliche Ressourcen eingespart werden. Das bisher gelebte Verfahren führt bei den Kulturtreibenden mitunter zu Unverständnis, da spontane bzw. kurzfristige öffentliche Veranstaltungen aufgrund des Genehmigungsprozesses nicht immer rechtzeitig bearbeitet werden und damit nicht genehmigt werden können.

Dies betrifft auch die Regelungen zum Plakatieren aufgrund des Magistratsbeschlusses vom 24.02.2015 (Beschlussnummer 0134). Die Regelung verfehlt ihre Sinnhaftigkeit hinsichtlich der Plakatierung sog. Saisonplakate.

Das kreative und kulturelle Engagement der gemeinnützigen Vereine und Institutionen sollte von der Landeshauptstadt Wiesbaden weiterhin in besonderer Weise unterstützt und gefördert werden. Den Mehrwert, den sie unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie der Landeshauptstadt Wiesbaden bieten, kann nicht mit Geld aufgewogen werden.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten,

1. ob der Genehmigungsprozess für wiederkehrende und etablierte Veranstaltungen im Kulturbereich (insbesondere Veranstaltungen von gemeinnützigen Vereinen und Institutionen) vereinfacht werden kann, so dass, nach einer einmaligen umfassenden Prüfung aller gesetzlichen Voraussetzungen, bei Vorliegen der gleichen Gegebenheiten eine temporär befristete Genehmigung erteilt werden kann, bzw. die Veranstaltung innerhalb dieses Genehmigungszeitraumes, bei der zuständigen Stelle, lediglich angezeigt werden muss.
2. ob dieser vereinfachte Genehmigungsprozess in besonders von Auflagen, wie z. B. der Stellplatzsatzung, betroffenen innerstädtischen Bezirken, wie z. B. Westend und Mitte, für die Dauer von zwei Jahren erprobt werden kann. Sollte sich dieses Verfahren bewährt haben, könnte es auf die gesamte Stadt ausgebreitet werden.
3. ob für Kulturbetriebe (insbesondere gemeinnützige Vereine und Institutionen) weitere Vereinfachungen ermöglicht werden können, wie z.B. die Aussetzung der Stellplatzsatzung oder die Ermöglichung von ganzjähriger Plakatierung für ihre Veranstaltungen, oder ob dies zunächst temporär erprobt werden könnte.

4. 22-F-69-0022

Die Geschichte Wiesbadens analog und digital erlebbar machen - Sachstand
-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 03. Mai 2022-

Präsentation Dr. Quadflieg, Stadtarchiv

Bereich Schule (ohne TOP)

5. Verschiedenes (alle Bereiche)

Tagesordnung II

1. 21-F-66-0003

Eine Künstlerin im öffentlichen Raum und Bewusstsein verankern

- Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und den Stadtv. Kienast und Stadtv. Wilhelmy vom 24.11.2021

-

ANLAGE: Bericht des Magistrats, Dezernat III, vom 01.08.2022

2. 22-F-63-0029

Kostenlose Lernportale in der Stadtbibliothek

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 04.05.2022-

ANLAGE: Bericht des Magistrats, Dezernat III, vom 20.07.2022

3. 22-F-69-0037

Generalsanierung Staatstheater

-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 21.06.2022-

ANLAGE: Bericht des Magistrats, Dezernat III, vom 28.07.2022

4. 22-V-41-0012

DL 25/22-13

Aktualisierung der Satzung und der Finanzierungsvereinbarung der Gemeinnützigen Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH

5. 22-V-41-0013

DL 25/22-14

Machbarkeitsstudie digitale Werbeträger

6. 22-V-40-0002

DL 27/22-3

Neubau und Sanierung Erich Kästner-Schule - Grundsatzvorlage

- | | | |
|------------|---|--------------------|
| 7. | 22-V-40-0003 | DL 27/22-4 |
| | Wilhelm-Leuschner-Schule Pavillonsanierung und Erweiterung - Ausführungsvorlage | |
|
 | | |
| 8. | 22-V-40-0014 | DL 25/22-12 |
| | Deckung der Corona-bedingten Mehrkosten bei der Schülerbeförderung von Januar bis Juli 2022 | |
|
 | | |
| 9. | 22-V-40-0015 | DL 27/22-5 |
| | Umsetzung von Instandhaltungsmaßnahmen des Schulamts mit der WiBau GmbH | |
|
 | | |
| 10. | 22-V-40-0019 | DL 27/22-6 |
| | Mietmodelle - Mietanpassungen und Mehrkosten Neubau Turnhalle Gutenbergschule | |

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nikolas Jacobs
Vorsitzender